

Salleche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

№. 4.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 197.

Verleger: Verlags- und Druckerei-Gesellschaft Halle a. S., Poststr. 11. Druck: Druckerei der Verlags- und Druckerei-Gesellschaft Halle a. S., Poststr. 11.

Montag-Ausgabe

Verleger: Verlags- und Druckerei-Gesellschaft Halle a. S., Poststr. 11. Druck: Druckerei der Verlags- und Druckerei-Gesellschaft Halle a. S., Poststr. 11.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 87, Hinterhaus, Telefon Nr. 158. Eingang Nr. Brauhäuserstr. 1. Vertretung: Dr. Walter Gesebrecht in Halle a. S.

Montag, 4. Januar 1904.

Geschäftsstelle in Berlin Bernburgerstr. 3. Telefon-Nr. VII Nr. 11. 494. Druck und Verlag von Otto Zietze in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 4. Januar.

Die Interpellation wegen Kündigung der Tarifverträge.

Auf der Tagesordnung der ersten Reichstags-Sitzung nach den Ferien steht — allerdings erst an dreizehnter Stelle — die von der konservativen Fraktion eingebrachte Interpellation, warum die im Interesse der deutschen Landwirtschaft gebotene und auch von den verbündeten Regierungen als dringlich anerkannte Kündigung der in den Jahren 1891 bis 1894 mit mehreren anderen Staaten abgeschlossenen Tarifverträge noch nicht erfolgt sei. Eine Interpellation über denselben Gegenstand hat den Reichstag bereits am 29. April 1903 beschäftigt. Sie lautete dahin, ob der Reichstag bereit sei, Auskunft zu geben, wann die bestehenden Handelsverträge seitens des Deutschen Reiches gekündigt werden sollten. Staatssekretär Graf von Posadowski lehnte namens des Reichstages die Beantwortung dieser Anfrage ab; er erklärte, abgesehen von den staatsrechtlichen Bedenken könne der Reichstag zur Zeit aus bringenden sachlichen Gründen, die besonders die landwirtschaftlichen Interessen nahe berühren, keine Auskunft darüber geben, wann die bestehenden Handelsverträge durch neue ersetzt oder gekündigt werden sollten. Konservativereis wurde diese ablehnende Haltung nicht nur im Interesse der Landwirtschaft, sondern auch in dem der Regierung selbst schauernd, da durch die Interpellation Gelegenheit gegeben werden sollte, die Position der deutschen Unterhändler bei den Handelsvertrags-Verhandlungen erheblich zu härten.

Nun sind seitdem fünf dreiviertel Jahre verfloßen. Mit mehreren Staaten sind bereits Erneuerung der Tarifverträge Verhandlungen bereits seit längerer Zeit eingeleitet. Sie scheitern aber nicht recht vom Fleck zu kommen, und in der freihändlerischen Presse wird schon mit gemessener Bestimmtheit behauptet, daß sich der Zerschlagung der deutschen Forderungen in Bezug auf den neuen Zolltarif unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen. Schon bei der Besprechung der erwiderten konservativen Interpellation im letzten April machte Graf Limburg-Siurich auf diese Schwierigkeiten aufmerksam. Er bemerkte, ohne Kündigung der bestehenden Handelsverträge werde es schwer sein, zu vorzudringen. Er erklärte, daß die anderen Staaten, wenn sie bei uns nicht mit Sicherheit fassen, daß wir geneigt sind, entlassenen keine, eventuell in einen Zollkrieg mit ihnen einzutreten, keine Konzeption auf Grund des neuen Tarifs machen und die jetzt bestehenden Verträge so lange behalten würden, wie sie sie behalten könnten. Auf der Linken wurde damals behauptet, die konservativen wollten Deutschland mit Gewalt in Zollkriege hineintreiben und hätten beabsichtigt, mit ihrer Interpellation auf die Regierung einen Druck auszuüben und ihr Verlegenheit zu bereiten. Das war selbstverständlich nicht der Fall und ist es natürlich auch bei der neuen Interpellation nicht. Es soll vielmehr im Hinblick auf die bisher veränderte Sachlage der Reichsleitung aufs neue Gelegenheit geboten werden, ihren grundsätzlichen Standpunkt in dieser Frage vor dem Lande zu veröffentlichen. In dem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß die Handelsverträge, die von den bestehenden Unterhändlern den Niederländern waren, bei den April-Verhandlungen führten gegen die konservativen die Eingetragten Oppositionsgruppen Dr. Barth und Gothein das große Wort. Diesmal ist der erste genannte „Handelsvertragsfreund“ durch „zwingende Veranlassung“ ferngehalten, und des Abgeordneten Gothein im April gewagte Prophezeiung von einem „wesentlichen Erfolge“ in dem bevorstehenden Reichstagswahlkampf ist dadurch prächtig illustriert worden. Jagen doch die Wahlverlierer als angebliche „Stützen“ der Regierung in den Wahlkampf und loben dem Reichstagsparlament die Absicht unter, sich von der Wählererschaft die Direktiven für seine zukünftige Handels- und Zollpolitik erteilen zu lassen. Diese Direktiven sind nun erteilt, und zwar nicht im Sinne Dr. Barth's und Gothein, sondern in dem der Zolltarifreform; man wird deshalb auf die Beantwortung und Befriedigung der konservativen Interpellation gekannt sein können. In freihändlerischen Kreisen ist man begrifflicherweise der Regierung schon wieder gegen die Interpellation in der Sache angeschlossen. Man stellt die Sache in üblicher Weise so dar, als handele es sich um eine agrarische Maßnahme. Durch dieses jetzt einiger Zeit so sehr beliebte Schlagwort glaubt man auch diesmal wieder Einbruch machen zu können; wir sind jedoch mit der „Agr.-Ztg.“, der wir diese Darlegung entnehmen, der Meinung, daß diese Hoffnungen Enttäuschung finden werden.

Es fällt den Konservativen gar nicht ein, politische Maßregeln zu veranlassen, und wenn sie jetzt, ein Jahr nach dem in den Verträgen stipulierten Kündigungstermin die Frage an die Regierung richten, wann die Handelsverträge, die von leitenden Stellen als sachlich für die Landwirtschaft anerkannt worden sind, das Ende ihrer Wirksamkeit erreichen sollen, so machen sie sich nur zum Vorteil der der konservativen Landwirtschaftlichen Interessen. Die von Jahr zu Jahr mit wach-

und Zweifelhaft hart, daß die vielfachen Verheißungen auf einen besseren Schutz ihrer Erzeugnisse vor der ruinösen Auslandskonkurrenz in Erfüllung gehen. Zum April erklärte Graf Posadowski, „zur Zeit“ könne der Reichstag keine Auskunft darüber geben, wann die Handelsverträge durch neue ersetzt oder gekündigt werden sollten. Inzwischen wird sich aber doch wohl wenigstens einigemmaßen herausgestellt haben, welche Wünsche die Verhandlungen mit den Vertragspartnern darbieten. Deshalb lautet auch neuerdings die Anfrage nicht, wann die Verträge gekündigt werden sollen, sondern warum sie noch nicht gekündigt worden seien. Das ist nicht, wie von freihändlerischer Seite behauptet wird, eine Unfreundlichkeit gegen die Regierung, sondern nur eine Verifizierung der veränderten — und angeblich in ungünstiger Weise veränderten — Sachlage.

Degeneration und ihre Verhütung.

Eine ebenso interessante wie wichtige Frage hat Dr. Moritz Alsberg auf der 75. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte in Kassel in einem Vortrage behandelt, den er jetzt in etwas erweiterter Form im Verlage von Th. G. Fischer u. Co. in Kassel und Leipzig als Broschüre herausgegeben hat unter dem Titel: „Erbliche Entartung, bebildert durch soziale Einflüsse.“ Der Autor beabsichtigt, mit dieser kleinen Schrift die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf Verhältnisse zu lenken, die bisher selbst in naturwissenschaftlich und ärztlich gebildeten Kreisen noch nicht genügende Beachtung gefunden haben. Staatsbürger, welche bisher nach dem Grundsatz: „Après moi le déluge“, gelebt haben, sollen ernstlich aufgereizt werden aus ihrer Gleichgültigkeit und zum Bewußtsein dessen kommen, daß ein solches Verhalten nicht nur die schwersten Gefahren für die eigene Nachkommenschaft und die menschliche Gesellschaft überhaupt, sondern auch ganz besonders für das Gelingen des eigenen Volkstumes in der Zukunft mit sich bringt.

Die Beobachtung, daß Völker, die sich in einem hohen Grade der Segnungen der Kultur erfreuen, nach einiger Zeit wieder von ihrer Kulturhöhe hinabsinken, kann die Frage entstehen lassen, ob viele Nationen trotz ihres hohen Kulturstandes aber nicht doch gerade deshalb dem Niedergange verfallen sind. Diese Frage wird von kompetenten Beurteilern sehr verschieden beantwortet. Auf einzelne dieser verschiedenen Ansichten, sowie die Hauptargumente, auf welche sie sich stützen, wird in dem Vortrage näher hingewiesen. Entscheidend läßt sich die Frage, ob sich die europäischen Kulturvölker gegenwärtig in einem Zustande physischer Degeneration befinden oder nicht, wohl erst beantworten, wenn das von uneren Mitbürgern bei den Aushebungen gewonnene reichhaltige Material, das jetzt noch zum größten Teile in den Archiven ruht, vollständig veröffentlicht, genügend gesichtet und nach einheitlichen Gesichtspunkten geordnet ist, um als Grundlage für typologisch-statistische Erhebungen dienen zu können.

Nun sind allerdings verschiedene Momente in Betracht zu ziehen, welche bei den Kulturvölkern die Gefahren körperlicher Entartung näher rücken, als bei Naturvölkern. Dierher gehört in erster Linie der Umstand, daß die natürliche Zuchtwahl durch die kulturellen Verhältnisse entweder vollständig beseitigt oder doch wenigstens in ihrer Wirkung erheblich eingeschränkt wird. Dazu kommt, daß die Fortschritte in den hygienischen Maßnahmen und die milderen Individuen möglichst lange zu erhalten streben und gewissermaßen der Natur vorgreifen in ihrem Bestreben, die Schwächlinge aus der Reihe der Lebenden zu scheiden. Auch darüber, ob diese ausgedehnte sanitäre Fürsorge, möglichst jedes Individuum zu erhalten und dem frühzeitigen Untergange zu entreißen, nicht schließlich mehr schade als nütze, indem es die Entartung fördert, sind die Ansichten sehr geteilt. Der verorbene Generalarzt Dr. v. Ormstein hat auf die enorme Zahl der mehr als Hunderttausenden in Griechenland hingewiesen, worin Dr. Alsberg eine gewisse Befestigung für die Hypothese findet, daß da, wo die natürlichen Bedingungen noch ungenutzt wirken und die Wirkungen einer hohen Kulturstufe sich noch nicht beherrschend geltend machen, die Degeneration gemindert werde. Ferner ist zu erwähnen, daß bei Naturvölkern der Krieg eine andere Wirkung übt, wie bei den Kulturnationen. Während bei ersteren zunächst die Schwächeren den Strapazen am leichtesten erliegen, kommen bei den Kulturvölkern überhaupt nur die Tüchtigen und Gesunden ins Feld, während die Schwächlinge ganz zu Hause bleiben. Schließlich wird in dem Vortrage noch auf die degenerierenden Einflüsse hingewiesen, welche durch den Alkoholismus wie durch geschlechtliche Krankheiten hervorgerufen werden.

Nun ist es freilich ausgeschlossen, daß wir wieder zu primitiven Zuständen zurückkehren könnten, wie sie bei Naturvölkern bestehen. Aber Dr. Alsberg will die Schwachen und Degenerierten, besonders Kinder, von der Fortpflanzung ausgeschlossen sehen. Darum stellt er die Frage zur Diskussion, ob es sich nicht empfehlen würde, die Erlaubnis zur Eheberatung von einem Gesundheitsratse abhängig zu machen. Zwar ist es sich bewußt, daß sein Vorschlag ungeheuren Widerstand finden werde, aber er meint, daß Wohl des Volkes sei schließlich das höchste Gesetz.

Gewiß hat eine solche Maßregel, rein vom Standpunkte

des Allgemeinwohles aus, viel für sich. Aber der ungeheuerliche Eingriff in die Rechte des Individuums läßt eine solche Lösung der schwerwiegenden Frage für absehbare Zeit ganz ausgeschlossen erscheinen. Für den praktischen Politiker erhebt dieser Vorschlag daher wenig Hindernisse. Man müßte ferner auf anderen Wegen dem ererbten Individuum seine Möglichkeit nahe zu kommen finden, wie Begünstigung einer mehr naturgemäßen Lebensweise, kürzere für die gesunde Bewegung, besonders der großstädtischen Jugend, im Freien, reichliche Badegelegentheiten, Aufführung im Volke über die Gefahren des Alkoholismus und dergleichen mehr. Jedenfalls verdient der mahende Hinweis auf die Gefahren der Degeneration, welche auf hoher Kulturstufe stehende Nationen bedroht, ernstliche Aufmerksamkeit und eine gewissenhafte Prüfung der Frage, wie solchen Gefahren nach Möglichkeit vorgebeugt werden kann.

* Ueber die Stellung Deutschlands zur Krise in Ostasien wird uns aus Berlin von unterrichteter Seite geschrieben: Die Politik des Deutschen Reiches in Ostasien ist einfacher als die Englands oder Frankreichs, denen ihre Handelsverträge unter Umständen eine aktive Teilnahme in einem Kriege zwischen England und Japan auferlegen würden. Weder in England noch in Frankreich ist irgend welche Begünstigung dafür vorhanden. England will nach den Anforderungen im Barentssee-Ruhe haben und große innere Reformen vornehmen. In Frankreich aber kann der Gebante, für russische Interessen gegen Japan und England einzutreten zu müssen, nur arge Befremdungen erregen, besonders nach der unlängst vollzogenen Annäherung an England. Der Wunsch beider Mächte ist daher, daß ein japanisch-russischer Krieg möglichst auf die beiden nächstbeteiligten beschränkt bleiben möge. Wer aber aus diesen Verlegenheiten für Frankreich und England und aus der Befragung unruhm ruffischen Beobachtern in Ostasien schließen würde, daß es eine freigelegte Lösung der ostasiatischen Krise erfindet sein könnte, würde nur oberflächlich urteilen. Abgesehen von den unvermeidlichen Störungen unseres Handels müßte mit einer Verletzung des Gleichgewichts der Interessen in Ostasien gerechnet werden, die uns in Verwicklungen hineinzieht und uns mehr oder weniger als Vorteile bringen könnte. Bei der außerordentlichen Schwäche des chinesischen Reiches wäre es möglich, daß Frankreich und England die Gelegenheiten benutzten, um im Süden Ostasien und am Jangtse Veränderungen zu versuchen, die uns nicht gleichgültig wären. Die Reichsregierung wird daher keine handhabende Verpflichtung eingehen, für alle Fälle zu neutralen zu sein. Sie wird vielmehr, da niemand voraussehen kann, wie das Kriegsglück entscheiden und welche Konstellationen es hervorruft, sein freie Hand behalten. Bisher hat die Reichsregierung jedoch die Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens noch nicht aufgegeben.

* Landwirtschaftsminister. Der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates Graf v. Schwerin-Löwitz hat die 32. Plenarversammlung dieser Körperschaft auf die Tage zwischen dem 9. und 12. Februar d. J. nach Berlin einberufen. Auf der reichen Tagesordnung stehen u. a. folgende Gegenstände:

Die Zeilungsfähigkeit der deutschen Viehzucht, von den Landwirtschaftsministerien mit Deutschen der Landesversicherungsanstalten, der reichsrechtlichen Zusammenfassung der mitteleuropäischen Schutzgebiete und die Reform unserer bisherigen Viehsteuerverträge, die landwirtschaftliche Bevölkerung des Deutschen Reiches um die Wende des 19. Jahrhunderts, die Bedeutung der ländlichen Bevölkerung für die Wirtschaft des Deutschen Reiches nach dem Reichstagsparlamentarismus, die Verwertung des kulturellen Wertes in den früheren Gebieten des französischen Reichs mit Rücksicht auf die Erhaltung des Bauernstandes, die Forderung der Viehzucht in den deutschen Bundesstaaten, Bericht der Kommission für den Schutz vor Überfischung der Fischerei, Bericht der Kommission für den Schutz vor Überfischung der Fischerei, Bericht der Kommission für den Schutz vor Überfischung der Fischerei, Bericht der Kommission für den Schutz vor Überfischung der Fischerei.

* Einfluß russischer Schwäne nach Deutschland. Die Vertreter der Städte Rastenburg, Preußen, Königsberg, Jäger, Physikum und Göttingen traten in Preußen (E.-S.) zu einer Konferenz zusammen, um zu der Beitritt der Landwirtschaftskammer des Reiches, begriffs Opaten, welche das vollständige Verbot der Einfuhr von russischen Schwänen nach dem oberirdischen Industriegebiete von der Reichsregierung fordert, Stellung zu nehmen. Das Ergebnis der Beratung war der Beschluß, eine Kommission der oberirdischen Industriegebiete im entgegengegesetzten Sinne der Reichsregierung zu unterrichten und mit der Ausarbeitung dieser Kommission den Übertragener Dr. Böning in Preußen zu betrauen.

* Ergebnis der diesjährigen Remontierung. Von den fünf preussischen Remontierungs-Kommissionen wurden, so schreibt die „Neue politische Korrespondenz“ auf Grund amtlicher Quellen, im Jahre 1903 im ganzen 9034 Remonturen gefahren, für welche durchschnittlich 921 Mk. bezahlt wurden, gegen 910 Mk. im vorigen Jahre und gegenüber dem Etatspreis von 900 Mk. Nach der Anzahl der angefahrenen Remonturen rangieren die Provinzen und Bundesstaaten wie folgt: Aus Thüringen wurden einmitten: 6922 Remonturen; aus Hannover: 1008; aus Preußen: 678; aus Westpreußen: 480; aus Schleswig-Holstein: 400 Remonturen. Der diesjährige Aufwand ist als fast zu bezeichnen, obwohl die Aufpreise in numerischer und qualitativer Beziehung gesteigert worden sind.

* Die Stille in Laga. Die Kündigung des Abkommens zwischen Deutschland und Großbritannien betr. die Zollunion zwischen Laga

